

Von Schacht zu Funk

Autor(en): **E.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333517>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von Schacht zu Funk

Von E. W.

Seit einiger Zeit ist das reichsdeutsche Vokabularium um ein Modewort reicher. Es heißt »Engpaß« und man begegnet ihm in Verbindung mit den verschiedensten Erscheinungen des Wirtschaftslebens. So sprach die »Frankfurter Zeitung« vor einigen Wochen von einem im Engpaß befindlichen Maschinenbau. Dann vernahm man, daß auch der Arbeitsmarkt zur Zeit einen Engpaß durchlaufe, und desgleichen fand man das Wort Engpaß auf die Entwicklung der deutschen Exporte angewendet. Schon die Häufung solcher angeblicher »Engpässe« läßt die Frage aufwerfen, ob es sich da am Ende nicht etwa um Erscheinungen handelt, die eine gemeinsame Ursache haben und also im Grunde verschiedene Aspekte eines und desselben Problems sind. Bezeichnenderweise ist eine solche Untersuchung in Deutschland selber noch nicht angestellt worden. Bewußt oder unbewußt wird so der Eindruck geweckt, daß es sich bei den verschiedenen »Engpässen« um vorübergehende Sondererscheinungen ohne inneren Zusammenhang handle. Andererseits ist es unverkennbar, daß das Regime seit einiger Zeit in der Ausrichtung seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik schwankend und unsicher geworden ist und sich mehr und mehr in Widersprüche verwickelt. In frischester Erinnerung ist noch der pathetische Ausruf Hitlers in seiner jüngsten Reichstagsrede, daß Deutschland »*exportieren oder sterben*« müsse. Aber nur wenige Monate vorher hatte er auf dem letzten Nürnberger Parteitag ganz andere Töne angeschlagen. Damals erklärte er mit sichtlicher Befriedigung: »Im gesamten wird die deutsche Volkswirtschaft so aufgebaut, daß sie jederzeit auch gänzlich unabhängig von andern Ländern auf eigenen Füßen stehen kann. *Und dies ist gelungen*. Den Gedanken an eine Blockade Deutschlands kann man schon jetzt als eine gänzlich unwirksame Waffe begraben.« Warum dann plötzlich jener dramatische Aufschrei in der Reichstagsrede? Ein anderer Fall der gleichen Kategorie: im Frühjahr 1938 trat Dr. Schacht mit einem sogenannten »Neuen Plan« hervor. Alle Federführenden des Dritten Reiches rühmten diesen damals als ein Werk von genialem Wurf. Jetzt ist dieser »Neue Plan« in aller Stille eingesargt und durch einen noch neueren ersetzt worden, nachdem Dr. Schacht schon Monate vorher in die Wüste geschickt worden war. Ihrem entscheidenden Inhalt nach sind beide Pläne einander ebenso gegensätzlich wie Tag und Nacht. Schacht forderte, daß die staatlichen Ausgaben nicht mehr auf dem Weg der Kreditausweitung, sondern aus Steuern und Anleihen zu decken seien, und der neue Plan steuert mit vollen Segeln gerade auf eine Kreditausweitung.

Es wäre leicht, diese Reihe der offensichtlichen Widersprüche zu verlängern. Auf den ersten Blick möchte deren Auftreten in dem jetzigen Augenblick selber als ein Widerspruch erscheinen. Brachte das vergangene Jahr in Deutschland nicht die Vollbeschäftigung und das fast vollständige Verschwinden der Arbeitslosigkeit, womit doch eigent-

lich das schwierigste Problem, das sich dem Dritten Reich gestellt hatte, als bewältigt angesehen werden kann? Das ist wohl die landläufige Meinung. Aber das besagt darum noch lange nicht, daß sie auch richtig sei. Kenner des wirtschaftlichen Ablaufs sind von dem Zusammenreffen der Schwierigkeiten mit dem Verschwinden der Arbeitslosigkeit und der Vollbeschäftigung der Wirtschaft ganz und gar nicht überrascht. Sie haben die kritische Zuspitzung im Gegenteil gerade für diesen Augenblick vorausgesagt. Die tieferen Zusammenhänge sind weniger kompliziert als sie scheinen. Arbeitslosigkeit und stillstehende Maschinen sind ungenützte Produktionsreserven, die relativ leicht zu mobilisieren sind. In der Regel genügt es schon, einige Räder in Bewegung zu setzen, um auch die übrigen in Gang zu bringen. Das scheinbare Wunder besteht darin, daß die einmal in Drehung gebrachten Räder augenblicklich Waren erzeugen und daß Investitionen, die zur Inangasetzung der Produktion gemacht werden, alsbald die Form von Gütern annehmen. Der Vorgang ist etwa der Arbeitsweise eines Automaten vergleichbar, in den man auf der einen Seite ein Geldstück einwirft, für das man auf der andern Seite Ware erhält, nur mit dem Unterschied, daß der Wert der Ware größer ist als der Wert des eingeworfenen Geldstücks. Solange dieser Automat funktioniert, ist es weiter nicht bedenklich, sich die erforderlichen Geldstücke auf dem Wege des Kredits zu beschaffen, da dieser in der mit ihm erzeugten Ware seinen Gegenwert erhält und sogar noch etwas mehr. Aber dieser etwas wunderliche Automat funktioniert eben nur so lange, als ungenützte Produktionsreserven in einem Lande bestehen. Nur diese geben ihm seine Zauberkraft. Sind sie erschöpft, dann läßt sich auch keine Kreditausweitung mehr rechtfertigen. Die Wirtschaft steht vor einer versiegten Quelle, und einer Kreditausweitung stände keine entsprechende Warenausweitung mehr gegenüber. Auf diesem Hexenbesen kann darum nicht länger geritten werden, es sei denn auf die Gefahr hin, daß das Mißverhältnis zwischen notwendigem Kreditaufwand und dem damit erzielbaren Ergebnis die bisherigen Wertrelationen zwischen Geld und Ware völlig über den Haufen wirft und zu einer Entwertung des ersteren führt.

Das war auch im wesentlichen das Rezept, nach dem Dr. *Schacht* im Dritten Reich verfuhr. Großzügig, wie er in der Kreditausweitung vorging, hatte er doch Bedacht darauf, sie in dem Augenblick einzuschränken, da die deutsche Wirtschaft in den Zustand der Vollbeschäftigung eingetreten war. Das war etwa seit Beginn des vorigen Jahres der Fall. Damals entwickelte Schacht seinen »Neuen Plan«, dessen tragender Gedanke darin bestand, daß von jetzt ab nur noch soviel ausgegeben werden dürfe, als gespart werden kann, also soweit Mittel aus Steuern oder aus Anleihen zur Verfügung stehen. Welche Ueberlegungen hierbei für ihn entscheidend waren, konnte man noch jüngst in einem Beitrag lesen, den er zu einem Sonderheft der Zeitschrift »Der Vierjahresplan« beigesteuert hatte. In diesem verwies er mit Nachdruck auf die Grenze, die der deutschen Finanzierungstechnik durch die Rücksicht auf die Währung gesetzt ist, seit alle Kapazitäten ausgenutzt seien,

und mahnte zum Schluß: »Wir haben es bei allen bankpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre stets als besonderen Vorzug angesehen und als Erfolg gebucht, daß die deutsche Währung außerhalb jeder Erörterung stand. Ein solcher Erfolg erfreut und verpflichtet. Wir dienen den künftigen Zielen des Führers am besten damit, daß wir auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen. Wenn nur soviel ausgegeben wird, als gespart werden kann, wenn das Vorhandene auf das sorgfältigste verwaltet wird, wenn der Kapitaleinsatz dort konzentriert wird, wo der größte Nutzen hervorspringt, dann werden die künftigen geldwirtschaftlichen Probleme mit der gleichen Sicherheit wie bisher gemeistert werden können.« Die wichtigste konkrete Maßnahme Schachts in Ausführung seines »Neuen Plans« bestand darin, daß er das System der Finanzierung durch Sonderwechsel einstellte und damit die Kreditausweitung an einer ihrer entscheidenden Stellen abstoppte. Schon diese Maßnahme genügte aber auch, um sofort im Gefüge der deutschen Wirtschaft eine Reihe von Störungen hervorzurufen, die zunächst ihren Ausdruck vor allem in einem plötzlichen Kursrückgang der Aktien fanden. Aber auch die Produktion selber drohte an verschiedenen Stellen alsbald ins Stocken zu geraten, weshalb Schacht sich gezwungen sah, seinen »Neuen Plan« erheblich aufzulockern, wenn auch nicht in einem solchen Maße, um den Zumutungen und Bedürfnissen des Nazi-Regimes restlos zu entsprechen, was dieses schließlich damit quittierte, daß es dem »Finanzmagier« den Zylinder in die Hand drückte.

In Wirklichkeit war die Kreditpolitik Dr. Schachts schon all die Jahre hindurch höchst anfechtbar. Bei der Mobilisierung brachliegender Produktionsreserven im Wege der Zuführung von Krediten kommt es nicht einzig und allein darauf an, daß überhaupt produziert wird, sondern daß es sich bei den erzeugten Waren auch um Güter mit wirklich wirtschaftlichem Wert handelt, die früher oder später in den Konsum eingehen können, da ja nur in diesem Falle den Kreditaufwendungen auch wirklich wirtschaftliche Leistungen gegenüberstehen. Nun ist es zweifellos, daß diese Voraussetzung nur bei einem kleinen Teil der also zuwege gekommenen Produktion gegeben war. Das ist schon aus den amtlichen deutschen Statistiken abzuleiten. Aus ihnen geht hervor, daß die Gütererzeugung seit der Machtauslieferung an den Nationalsozialismus einen sehr ungleichen Verlauf genommen hat und daß sie ganz offensichtlich die konsumfernen Produkte den konsumnahen bevorzugte, wie deutlich nachstehende Tabelle des Konjunkturforschungsinstituts (Wochenbericht vom 22. Februar 1939) zeigt:

Gewerbliche Gütererzeugung

(Volumen: 1928 = 100)

	1933	1937	1938
Gesamt	65,5	116,7	125,0
Produktionsgüter, gesamt	53,7	126,0	135,9
Investitionsgüter	44,9	128,1	140,3
Sonstige	74,2	121,8	126,7

	1933	1937	1938
Verbrauchsgüter, gesamt	82,9	102,8	107,0
des elastischen Bedarfs	80,1	101,5	109,1
des starren Bedarfs	87,9	104,5	105,0
Großeisen	52,0	133,6	150,9
Maschinen (Versand)	48,6	124,1	147,2
Papier	83,8	125,2	121,1
Textilien	90,5	100,1	107,5
Lederschuhe	101,5	106,5	117,2
Spielwaren	45,8	84,0	85,4

Man braucht diese Zahlenreihen nur genauer zu betrachten, um ihren Sinn zu verstehen. Die Produktion an Großeisen und Maschinen hat sich gegenüber 1933 verdreifacht, bei Textilien und Lederschuhen machte die Zunahme dagegen noch keine 20 Prozent aus und die Spielwarenproduktion lag 1938 noch um 15 Prozent niedriger als im Jahre 1928. Großeisen und Maschinen lassen aber sofort an Kriegsmaterial denken, auch ohne daß man ständig durch gewisse Aeüßerungen und Handlungen im Reich daran erinnert würde. Die Produktion diente also entscheidend unwirtschaftlichen Zwecken.

Damit war das Schachtsche Experiment, die Wirtschaft mittels Krediten anzukurbeln, bereits an einer entscheidenden Stelle gestört: nur ein bestimmter Teil der Produktionsreserven wurde mobilisiert, ein anderer, derjenige der Verbrauchsgüterindustrien, blieb von der Bewegung fast unberührt, während der klassische Fall der Wirtschaftsankurbelung mittels Krediteinspritzungen gerade darin besteht, daß die höheren Lohnsummen, die in den sogenannten Investitionsgüterindustrien zur Auszahlung kommen, automatisch auch die Verbrauchsgüterindustrie in Schwung setzen, die dann ihrerseits wieder die ersteren beschäftigen und so die ständige Hilfsstellung des Staates oder seiner Kreditinstitutionen zwecks Inganghaltung der Wirtschaft überflüssig machen. Zur Schließung dieses Kreises ist es in Deutschland unter dem Nazi-Regime nie gekommen. Das hat schon die systematische Niederhaltung der Löhne verhindert, deren erklärter Zweck es ja war, möglichst viele Güter für die Kriegsrüstung zu reservieren und dem Konsum zu entziehen. Als Strafe dafür kann der Staat jetzt aus der von ihm entfesselten Wirtschaftskonjunktur auch nicht mehr aussteigen, selbst wenn er es wollte. Schon ein relativ geringes Nachlassen seiner Investitionstätigkeit hätte Störungen, wenn nicht sogar Stockungen zur Folge. Das hat Dr. Schacht selber erfahren müssen, als er, weit davon entfernt, etwa diese Investitionstätigkeit überhaupt zu stoppen, sie im vorigen Jahre doch wenigstens auf den Umfang der Steuern und Anleihen beschränken wollte. Inzwischen hat sich die Lage noch kompliziert. Während es wohl gelang, die Steuerertragnisse zu steigern, stieß die Unterbringung von Anleihen mehr und mehr auf Schwierigkeiten. Die zuletzt aufgelegte wurde sogar zu einem offenkundigen Fehlschlag, und zwar obwohl das Reich den ganzen Kapitalmarkt fast ausschließlich für sich reservieren ließ. Auch das lag in der Logik der Dinge. Das

ständige Anziehen der Steuerschraube verminderte die Kapitalbildung. Dazu gesellten sich Faktoren politischer und psychologischer Art, die die Neigung zum Kauf von Staatsanleihen dämpften. Andererseits hatte die Monopolisierung des Kapitalmarktes in der Hand des Staates zur Folge, daß die Kapitalbedürfnisse privater oder halböffentlicher Unternehmungen nicht befriedigt werden und diese darum auch kein Investitionen vornehmen konnten, so sehr solche im Interesse einer Inganghaltung des Wirtschaftsgetriebes gelegen hätten. Es war offenkundig: die Nazi-Wirtschaft steuerte mit dem »Neuen Plan« Schachts einem toten Punkt zu. Sollte dieser umsprungen werden, dann mußte man sich über die von Schacht aufgestellten Schranken bedenkenlos hinwegsetzen.

Das ist in groben Strichen die Vorgeschichte des neuesten Plans, dessen Namen Dr. *Funk*. Ueber die dabei begleitend gewesenen Gedanken hat sich der Autor des Plans wie folgt geäußert:

Erstens gelte es, »die Lasten soweit als irgend möglich auf die Zukunft zu verschieben«;

zweitens sei das Reich »mit unerträglichen Zinslasten zu verschonen«;

drittens wolle man »die Kapitalmärkte wieder für die Privatwirtschaft zur Verfügung stellen«.

Die zur Erreichung dieser Ziele eingeschlagenen Wege sind, wie man sehen wird, etwas reichlich verschlungen. Der erste dieser besteht in der Einführung sogenannter »*Steuergutscheine*«, die zugleich in zwei verschiedenen Typen ausgegeben werden. Dabei ist die gewählte Bezeichnung offenbar gewollt ungenau, denn die erste Funktion dieser Steuergutscheine ist, daß sie an Geldes Statt treten und also als Zahlungsmittel in den Verkehr eingehen. Das geschieht in der Weise, daß Reich, Länder, Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsautobahnen »und andere Personen und ähnliche Gebilde« verpflichtet sind, »Lieferungen und sonstige Leistungen gewerblicher Unternehmer in Höhe von 40 Prozent des Rechnungsbetrages in Steuergutscheinen zu bezahlen«, wobei je zur Hälfte Steuergutscheine I und II zu verwenden sind. Desgleichen besteht auch für den gewerblichen Unternehmer zwar nicht die Pflicht, wohl aber das Recht, »Lieferungen und Leistungen, die ein gewerblicher Unternehmer an ihn gerichtet hat, bis zu 40 Prozent des Rechnungsbetrages in Steuergutscheinen zu bezahlen«. Von einem gewöhnlichen Zahlungsmittel unterscheiden sich die Gutscheine aber wieder durch gewisse, mit ihrem Besitz verbundene Vergünstigungen. Steuergutscheine I berechtigen in bestimmtem Umfang zu einer Steuerfreiheit für die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens, soweit eine gewisse Besitzdauer nachgewiesen werden kann. Theoretisch sollen die gewährten Vergünstigungen einer Verzinsung von 10 Prozent im ersten Jahr und von 17,5 Prozent im vierten Jahr entsprechen. In dem Maße wie ein gewerblicher Unternehmer von dieser Vergünstigung Gebrauch macht, verwandeln sich die Steuergutscheine also aus einem Zahlungsmittel in ein Anlagepapier. *Steuergutschein II* ist dagegen mit keinerlei Steuervergünstigung ausgestattet. Dafür wird er nach Ablauf von drei Jahren mit einem Aufgeld von 12 Prozent bei

der Entrichtung von Steuern in Zahlung genommen. Es handelt sich hier also um ein zinstragendes Papier und damit um eine Anleihe, nur daß die Zinsen erst nach drei Jahren fällig werden und daß die Anleihe einen *Zwangscharakter* hat.

Die zweite Maßnahme des Funkschen Plans besteht in der Einführung einer »*Mehreinkommenssteuer*«, von der der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz *Reinhardt*, in einem Vortrag vor Pressevertretern selber erklärte, daß ihre Struktur »schwierig« sei. Jedenfalls handelt es sich hierbei um eine außerordentlich drastische Maßnahme, da alles Mehreinkommen, obwohl es bereits durch höhere Steuersätze getroffen wird, ohne Unterschied seiner Herkunft zu *dreißig Prozent* dem Staat verfällt. Diese Steuer ist erstmalig im laufenden Jahre zahlbar, wobei als Bemessungsgrundlage das Mehreinkommen dient, das im Vorjahre gegenüber dem vorangegangenen Kalenderjahr erzielt worden ist. 600 RM. des Mehreinkommens sollen mehreinkommenssteuerfrei sein, und Personen, deren Jahreseinkommen im zweiten Jahr 3000 RM. nicht übersteigt, scheiden von vornherein von der Mehreinkommenssteuer aus. »Auch die Mehrbeträge, die nach einer Tarifordnung oder Besoldungsordnung einem Arbeiter, Angestellten oder Beamten deshalb zugeflossen sind, weil er ein höheres Dienstalter oder infolge Förderung eine höherbewertete Stellung erreicht, oder weil die Zahl seiner Familienangehörigen sich erhöht hat, werden durch die Mehreinkommenssteuer nicht erfaßt.« Diese Bestimmungen wollen offenbar einen gewissen Schutz der untern Einkommen darstellen, der sich allerdings auch als dringend notwendig erwies. Fühlte sich doch schon die »*Deutsche Allgemeine Zeitung*«, das frühere Stinnes-Organ, erst unlängst zu der Mahnung veranlaßt: »Es muß vermieden werden, daß sich eine Einstellung bildet, die selbst auf höhere Löhne nicht mehr reagiert, sondern nur Ruhe will. Es dreht sich nicht nur darum, an entscheidenden Stellen noch mehr Leistung zu erreichen, vielfach gilt es auch, den Mann, der die Höhe erklimmen hat, nunmehr »bergfest« zu machen. Das Ermitteln und Durchhalten einer Bestleistung ohne Substanzverbrauch ist das entscheidende Problem.«

Man darf mit Recht bezweifeln, daß der neue Finanzplan auch nur dieser Zielsetzung gerecht wird, um von einer besseren Gestaltung der Zukunft für diejenigen, die die besagte Höhe noch nicht erklimmen haben, gar nicht zu reden. Dazu leitet schon die Ueberlegung, daß Funk mit seinem Plan auf Umwegen genau jene Kreditpolitik wieder aufnimmt, deren Fortsetzung im Zeichen der Vollbeschäftigung Dr. Schacht als eine Gefahr für die Stabilhaltung der Währung bezeichnete. Tatsächlich erscheint eine solche Wirkung unvermeidlich. Da die sogenannten Steuergutscheine in Wirklichkeit in ihrer praktischen Funktion Geldsurrogate sind, führen sie zwangsläufig zu den gleichen Begleiterscheinungen wie eine Mehrausgabe von Papiergeld, dessen Decke übrigens auch schon im jetzigen Umfang inflatorische Elemente enthält, und müssen also früher oder später das derzeitige Preisgefüge allen Preisstoppgesetzen zum Trotz sprengen. Jedenfalls werden damit die letzten Dämme eingerissen, die das Land bisher noch notdürftig vor

einer Geldüberschwemmung bewahrten. Kommt es zu dieser Ueberschwemmung, dann ergäbe sich automatisch auch die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen, und obgleich diese unter solchen Umständen nicht eigentlich ein Mehreinkommen, sondern bestenfalls nur einen Ausgleich für den eingetretenen Kaufkraftschwund des Geldes darstellen würden, hat der Gesetzgeber es mit dem neuen Finanzierungsplan doch in der Hand, von den Lohnerhöhungen sofort wieder einen Teil rückgängig zu machen. Weit davon entfernt, »den Mann, der die Höhe erklommen hat, ‚bergfest‘ zu machen«, bedroht ihn gerade die neue Mehreinkommenssteuer also noch mit einer Verschlechterung des Lebensstandards.

Sind die mit dem Funkschen Finanzplan eingeschlagenen Wege jedenfalls recht verschlungen und fragwürdig, so ist es nicht weniger zweifelhaft, ob sie zu dem dritten Hauptziele führen, das ihm gesteckt ist und das darin besteht, »die Kapitalmärkte wieder für die Privatwirtschaft zur Verfügung zu stellen«. Dieses Problem ist für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland von kapitaler Bedeutung geworden. Wie schon erwähnt wurde, hatte das Reich den Kapitalmarkt in den letzten Jahren fast ausschließlich mit Beschlag belegt. Private Kapitalbedürfnisse fanden nur in seltenen Ausnahmefällen Befriedigung. Soweit es sich hierbei um Betriebe der Rüstungsindustrie handelte, konnten sie sich dadurch behelfen, daß sie erforderlich gewordene Investitionen im Wege der sogenannten Selbstfinanzierung vornahmen, das heißt sie aus unausgeschütteten Gewinnen bestritten. So hat der Deutsche Stahltrust allein für solche Zwecke in den letzten Jahren mehrere hundert Millionen Reichsmark aufgewendet. Aber nicht alle Unternehmungen schwimmen dermaßen in Gewinnen, daß sie Betriebserneuerungen und -erweiterungen selber bestreiten und gewissermaßen als ihr eigener Bankier fungieren können. Das trifft sogar nur auf den kleineren Teil zu. Infolgedessen mußten umfangreiche Erneuerungen und Erweiterungen des deutschen Wirtschaftsapparates unterbleiben, darunter auch so bedeutsame wie die der Reichsbahn. Die Freigabe des Kapitalmarktes für die Privatwirtschaft wurde darum immer mehr zu einem Ruf des Tages und fand noch eine bedeutende Verstärkung durch die neuerdings vom Regime geforderte Förderung des Exports, die — man denke beispielsweise nur an den neuen deutsch-rumänischen Handelsvertrag — ohne umfangreiche Investitionen der Privatwirtschaft ein schöner Wunsch bleibt. Funks neuer Plan würdigt nun diesen Ruf wohl in Worten. Ausdrücklich sieht dieser vor, daß der Kapitalmarkt der Privatwirtschaft »zur Verfügung gestellt« wird. Die Frage ist nur, was von diesem in der Zukunft noch übrig bleibt. Denn einmal denkt das Reich ja nicht daran, auf die Unterbringung eigener Anleihen zu verzichten, sondern es schlägt dazu, wie wir gesehen haben, nur einen andern Weg ein, nämlich den des Zwangs, und zum andern zapft es gleichzeitig durch die Mehreinkommenssteuer einen ansehnlichen Teil der Neukapitalbildung von vornherein für sich ab. Zieht man gar noch die verschiedenen Steuererhöhungen der letzten Zeit in Betracht, von deren Umfang mehr noch als ein Studium der neueren Steuergesetze ein Studium

der jüngsten Steuerentwicklung bei den deutschen Aktiengesellschaften eine richtige Ahnung vermittelt, dann läßt sich voraussagen, daß die angestauten Investitionsbedürfnisse nur zu einem Bruchteil von dem zur Verfügung stehenden Kapitalmarkt befriedigt werden können und daß Funks Finanzplan gerade auf diesem Gebiet die Erfüllung seines Hauptversprechens schuldig bleiben muß. Die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben, sind leicht zu übersehen: der Staat kann noch weniger als bisher hoffen, daß er in seiner Investitionstätigkeit durch die Privatwirtschaft in einem zu Buche schlagenden Umfang abgelöst wird, und es besteht darum auch keine Aussicht, daß die deutsche Wirtschaft aus den verschiedenen beklagten »Engpässen«, die ja größtenteils wieder nur Konsequenzen der deutschen Finanzpolitik sind, herauskommt.

Schon Dr. Schacht ist in Deutschland gewagte Wege gegangen. Aber er tat es immer mit der Mahnung, daß es sich hierbei um »keine endlose Straße« handle und daß eine Rückkehr um so schwieriger sei, je länger man sie gehe. Dr. Funk ist von solchen Besorgnissen vollkommen unbeschwert. Er geht auf dem Wege noch in einem Augenblick fort, wo Schacht bereits die Katastrophe witterte.

Nachschrift. Funks neuestes Finanzgesetz hat inzwischen ein bemerkenswertes Schicksal erlebt: es wurde in aller Stille an entscheidenden Stellen korrigiert. Die Mehrgewinnsteuer wurde allgemein von 30 auf 15 Prozent herabgesetzt und gleichzeitig wurde die Freigrenze für Mehreinkommen von 600 auf 1200 RM. bei besonderen Schutzbestimmungen für Kinderreiche erhöht, während ganz allgemein als Ausgangspunkt für die Veranlagung zur Mehrwertsteuer im Erstjahr ein Einkommen von 6000 RM. gegen bisher 2400 RM. genommen wurde. Die Gründe zu dieser Korrektur sind leicht zu ahnen: die neuen Steuerlasten stiegen in allen Schichten der Bevölkerung auf Widerstand, dem das Regime Rechnung tragen mußte. Besonders heftig scheint sich dieser in den arbeitenden Teilen der Bevölkerung gerührt zu haben, denn die vorgenommenen Korrekturen sind derart, daß sie — die Stabilität der Währung vorausgesetzt — die unteren Einkommensklassen so gut wie ganz ausnehmen. Vom Standpunkt des Staatssäckels aus gesehen wird aber dadurch die Basis des Funkschen Finanzplans nicht etwa solider, sondern nur noch brüchiger. Die doch als notwendig angesehenen Mehreinnahmen schrumpfen zu einem kaum mehr ins Gewicht fallenden Betrag zusammen und von dem »kühnen, nach allen Seiten hin bedeutsamen Plan« — wie sich der Hamburger »Wirtschaftsdienst« doppeldeutig noch vor Bekanntwerden der Korrekturen ausdrückte — bleibt eigentlich wenig mehr übrig als das System der »Steuer Gutscheine« mit ihrem Vorgriff auf eine ungewisse Zukunft und allen damit verbundenen Gefahren für die Währung. Es ist, als habe man noch die letzten schwächlichen Sicherungen beseitigt, die der Funksche Plan gegen einen Absturz in das Währungschaos enthielt.